

„Wandel durch Handel ist gescheitert“

Volksbankchef Ulf Brothuhn zum Umgang mit steigenden Bauzinsen und Abhängigkeiten gegenüber China

Ulf Brothuhn

ist seit 2009 Vorstandsvorsitzender der Bremischen Volksbank. Vor seiner Laufbahn in der Branche war er Profisportler: Handballer. Dann folgte jedoch später die Lehre zum Bankkaufmann.

Herr Brothuhn, die Europäische Zentralbank wird erstmals nach elf Jahren die Zinsen wieder anheben. Was sagen Sie zu dieser Entscheidung?

Ulf Brothuhn: Die EZB steckt schon seit einigen Monaten in einem Dilemma. Grundsätzlich ist es richtig, dass die Zinsen angehoben werden, aus unserer Sicht passiert das aber eindeutig zu spät. Als klar war, dass die Inflation kein temporäres Problem ist, hätte die EZB spätestens handeln müssen. Jetzt die Zinsen zu erhöhen, in einer Situation, die durch geopolitische Verwerfungen geprägt ist mit steigenden Rohstoffpreisen, unterbrochenen Lieferketten, vielen Unwägbarkeiten und deutlichen Bremspuren für die Wirtschaft – das ist ein toxischer Cocktail.

Hat die Zentralbank die Inflation anfangs unterschätzt?

Es sind für den Moment immer nur Prognosen möglich. Und keiner kann dafür mit einer Glaskugel in die Zukunft schauen. Ich werfe aber der EZB und auch der Politik vor, dass man Risiken schlicht und ergreifend ausgeblendet hat. Es sind falsche Schlussfolgerungen aus der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage gezogen worden. Unabhängig davon, dass kaum einer damit gerechnet hat, was Putin jetzt in der Ukraine anrichtet: Man konnte erkennen, dass sich die Statik der Weltordnung zu alten Blöcken verändert.

Welche Schlussfolgerungen müssten Entscheider denn aus dieser Zeit ableiten?

Mein Wunsch an die Politik wäre, dass es keine Denkblockaden gibt. Wir werden doch jetzt ganz klar mit der Frage konfrontiert: Wollen wir wirklich als freiheitliche demokratische Welt von Diktaturen abhängig sein? In Russland sieht man, dass der Wandel durch Handel gescheitert ist. Meine Prognose ist: Das wird auch in China scheitern. Der Schritt nach Taiwan ist nicht eine Frage des Ob, sondern eine Frage des Wann.

Was fordern Sie für Konsequenzen für die Wirtschaft?

Unsere Automobilindustrie ist komplett abhängig von China. Ola Källenius (Vorstandschef von Mercedes) war gerade als Gast beim Bremer Unternehmerforum. Ich war wirklich fassungslos, als er auf die Frage zu China im Prinzip nur antwortete, China sei der größte Absatzmarkt der Welt. Es scheint völlig außerhalb seiner Gedankenwelt zu sein, die Geschäfte dort infrage zu stellen. Unsere Automobilkonzerne täten gut daran, China auch als das zu betrachten, was es ist: eine der größten Diktaturen. Unternehmenslenker großer Konzerne sollten sich Abhängigkeiten bewusst machen und sukzessive reduzieren.

Wie leben Sie das im eigenen Haus? Mischen Sie sich als Bank jetzt verstärkt bei den Unternehmen ein?

Der Begriff Einmischen ist richtig und falsch. Wir versuchen uns schon als Impulsgeber zu positionieren. Insbesondere da, wo wir Abhängigkeiten erkennen, wollen wir mit den Kunden in den Dialog gehen. Unsere Unternehmen gehören dabei eher der mittelständischen Wirtschaft an. Es gibt also einen Exportanteil, aber die Abhängigkeiten bei uns im Portfolio sind nicht signifikant. Die Ent-



Die Politik habe Risiken ausgeblendet, kritisiert Vorstandschef Ulf Brothuhn: „Man konnte erkennen, dass die Welt sich verändert, dass wir wieder ein altes Blockdenken haben.“

wicklung treibt uns natürlich insgesamt um. Wenn die Importe aus China plötzlich zusammenbrechen, hat das Auswirkungen auf alle.

Kommen wir zurück auf die Zinsen. Was bedeutet der Schritt der EZB für Verbraucher?

Eine Seite tut richtig weh. Das sind die Kreditzinsen. Wer vor einem halben Jahr eine Baufinanzierung ausgemacht hat, der konnte noch Glück haben und auf zehn Jahre Zinsbindung ein Prozent bekommen. Seither haben sich die Kreditzinsen verdreifacht,

Neues Gebührenmodell

Im vergangenen Jahr hat die Bremische Volksbank eine Gebührenerhöhung nach einem halben Jahr wieder zurückgenommen. Auslöser war das Urteil des Bundesgerichtshofs zu den AGB bei Banken. Nun soll es hier künftig ein Hausbankmodell geben. Wer neben dem Konto weitere Angebote der Genossenschaftsbank nutzt, zum Beispiel Anlagepläne dort hat oder Versicherungen bezieht, zahlt im Vergleich weniger Gebühren. Teils steigen die Kontokosten dagegen deutlich. Das gilt gerade für Onlinekunden. „Die Botschaft dabei ist klar: Ein reiner Onlinekunde ist bei uns sowieso nicht richtig. Wir sind keine Direktbank. Deren Angebote können und wollen wir auch nicht bieten“, sagt der Vorstandschef der Bremischen Volksbank Ulf Brothuhn. LS

und das geht einher mit gestiegenen Baukosten und verzögerten Bauzeiten. Der Immobilienkauf wird also teurer. Es können sich immer weniger Wohneigentum leisten.

Scheitern Projekte daran bereits?

Wir mussten bisher noch keine Projekte von Bauträgern absagen. Es gibt keinen Zuwachs bei den Kreditablehnungen. Wir haben aber eine Maklertochter. Und da berichten uns die Kollegen, dass sie teilweise Grundstücke und Häuser reserviert haben für Kunden, die dann keine Finanzierung bekommen haben. Das ist im Markt ein Trend.

Wie können Kunden darauf reagieren? Sollten Sie den Traum vom Eigenheim aufschreiben?

Eine langfristige Preisprognose für den Markt zu geben, ist sehr schwierig. Ich glaube, dass wir im Augenblick eine Stagnation haben – insbesondere bei den guten Lagen. Wir werden in den Großstädten wie auch Bremen keinen deutlichen Preiseinbruch sehen. Es hängt ansonsten sehr von der eigenen Kalkulation und Situation ab. Möchte ich darauf warten, dass die Zinsen wieder sinken? Diese Überlegung halte ich für gefährlich, weil ich daran nicht glaube. Die Tilgung wegen der Zinsen zu senken, ist aber auch schwierig, weil man dann im Alter noch eine zu hohe Schuldenlast hat. Über Jahrzehnte war der Zinssatz von drei Prozent

ja normal...

...da waren aber auch die Immobilienpreise sehr anders.

Ja. Und auch was man für Nebenkosten zahlte, Strom, Gas und Wasser, war niedriger. Der Staat wird überlegen müssen, ob er das Wohneigentum nicht wieder subventionieren will über Instrumente wie die Wohnungsbauprämie, das Baukindergeld oder steuerliche Erleichterungen. Ich halte es grundsätzlich für richtig, dass sich mehr Menschen ein Eigenheim leisten können.

Die Negativzinsen bleiben vorerst, aber gehen allmählich zurück. Wie gehen Sie selbst jetzt vor?

Wir haben die Negativzinsen 2020 in einem sehr transparenten Prozess eingeführt. Genauso gestalten wir jetzt den Ausstieg und werden die Negativzinsen sukzessive abschaffen. Wir werden die Schritte der EZB eins zu eins weitergeben, sodass im September das Thema erledigt sein dürfte. Ganz vorsichtig formuliert – man weiß ja nie, was die EZB macht. Was mir aber wichtig ist: Selbst ohne Negativzinsen vernichten wir wegen der Inflation Geld, wenn wir zu hohe Beträge auf dem Konto liegen haben. Ich werbe wirklich dafür, aktiv Vermögensstrukturierung zu betreiben.

Das Gespräch führte Lisa Schröder.

Metaller-Azubis erhalten mehr Geld

IG Metall erzielt Einigung

Hamburg. Die IG Metall und der Arbeitgeberverband Nordmetall haben sich nach Gewerkschaftsangaben auf etliche Verbesserungen für die rund 130.000 Metaller im Norden verständigt. Dazu zählen mehr Geld für Auszubildende, Freizeit statt Geld für Nachtarbeit, Arbeitszeitkonten, Fahrradleasing und die Angleichung der Arbeitszeiten im Osten, teilte der Bezirksleiter der IG Metall Küste, Daniel Friedrich, die Übereinkunft für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und dem nordwestlichen Niedersachsen.

„Mit dem Modernisierungspaket haben wir viel für die Beschäftigten und die Betriebe erreicht. Wir erweitern die Flexibilität im Betrieb und stärken die Souveränität der Beschäftigten“, bewertete der Bezirksleiter der IG Metall Küste, Daniel Friedrich, die Übereinkunft für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und dem nordwestlichen Niedersachsen.

Ausgleich für Fahrten zum Betrieb

Auszubildende erhalten demnach zum 1. August 50 Euro mehr im Monat, also monatlich 1097 Euro im ersten und 1191 Euro im zweiten Lehrjahr. „Das zusätzliche Geld soll die hohen Kosten für Fahrten zum Betrieb oder zur Schule wenigstens zum Teil ausgleichen“, sagte Friedrich. Das sei gerade in der jetzigen Situation ein wichtiges Signal für die jungen Menschen.

Auf freiwilliger Basis können Betriebe nun Arbeitszeitkonten einführen. Über einen Teil der dort angesparten Stunden dürfen die Beschäftigten dabei weitgehend eigenständig verfügen. „Die Regelung bietet Arbeitnehmern und Arbeitgebern mehr Flexibilität“, betonte Friedrich. Einig sei man sich auch bei den Nachtarbeitszuschlägen. Dort könne nun per Betriebsvereinbarung geregelt werden, dass es als Ausgleich mehr Freizeit statt Geld gibt. Ebenfalls per Betriebsvereinbarung kann den Angaben zufolge nun ein Teil des Lohns zum vergünstigten Leasing von Fahrrädern genutzt werden. DPA

BAUERNVERBAND

Landwirte erwarten geringere Ernteerträge

Dahme. Den Bauern steht in diesen Sommer eine unterdurchschnittliche Ernte bevor. „In Summe ist es in vielen Teilen Deutschlands zu trocken. Das heißt letztendlich auch, dass wir im zweiten Jahr in Folge eine kleinere Ernte einfahren werden“, sagte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, am Freitag. Seinen Angaben zufolge erwartet der Deutsche Bauernverband (DBV) eine Getreideernte in Höhe von rund 41,2 Millionen Tonnen. Damit liegen die Prognosen 3 Prozent unter dem Vorjahresergebnis von 42,3 Millionen Tonnen. DPA

PFLEGE

Ein Drittel des Personals könnte bis 2035 fehlen

München. Der Personalmangel im deutschen Gesundheitswesen wird sich nach einer Analyse der Unternehmensberatung PwC in den nächsten Jahren dramatisch verschärfen. Bis 2035 könnten fast 1,8 Millionen Fachkräfte fehlen, heißt es in dem am Freitag vorgestellten Papier. Stark betroffen sind demnach Kranken- und Altenpflege – in beiden Bereichen könnte mehr als ein Drittel des eigentlich benötigten Personals fehlen. Auch an Ärzten werde in großer Zahl mangeln, sofern sich die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen nicht verbesserten. DPA

EUROGATE

Containerabfertigung läuft nach Warnstreik wieder

Bremerhaven. Nach dem Warnstreik der Hafendarbeiter ist an den Containerterminals des Betreibers Eurogate der Betrieb am Freitag wieder angelaufen. „Es läuft wieder normal“, sagte ein Firmensprecher in Bremen. Seit Beginn der Fröhschicht würden wieder Schiffe abgefertigt. Eurogate betreibt an der deutschen Nordseeküste große Containerabfertigungen in Bremerhaven, Wilhelmshaven und Hamburg. Der 24-stündige Streik der Hafendarbeiter seit Donnerstagmorgen habe den Betrieb an der Kaikante völlig stillgelegt, sagte der Sprecher. DPA

Lufthansa streicht weitere Flüge ab Bremen

19 Verbindungen nach Frankfurt fallen im Juli aus – auch der Flughafen Hannover ist betroffen

VON PETER HANUSCHKE

Bremen. Und noch mehr Urlauber und Geschäftsleute, die auf Lufthansa gebucht hatten, stehen ohne Flug da: Der Kranich-Konzern streicht, wie berichtet, erneut in großem Umfang sein Flugprogramm zusammen. Das wirkt sich auch auf den Bremer Airport aus: Um weitere 19 Flüge reduziert sich im Juli nach Angaben des Flughafens das Angebot von Lufthansa am Bremer Airport. Auch der Flughafen Hannover ist betroffen.

Bereits vor zwei Wochen hatte die Airline für Juli 900 Flüge innerhalb Deutschlands und Europas an den Drehkreuzen in Frankfurt und München aus dem System genommen. Dadurch wurden am Bremer Airport bereits 18 Flüge nach Frankfurt und zehn Flüge nach München gestrichen. Die erneute Annullierung bezieht sich dieses Mal nur auf die Destination Bremen nach Frankfurt.

Die neue Streichung umfasst etwa 2200 von insgesamt 80.000 Flügen in den Som-

mermonaten insbesondere auf innerdeutschen und innereuropäischen Verbindungen. Die Strecke nach München sei dieses Mal nicht betroffen, so Flughafensprecherin Andrea Hartmann. „Es gehen aber weiterhin mehrere tägliche Flüge von Bremen nach Frankfurt und bis zu fünf Flüge nach München.“

Probleme wegen Personalmangels

Die Ausdünnung der Lufthansa-Flüge verteilte sich dieses Mal über die ganze Woche und Tageszeiten. Beim ersten Zusammenstreichen waren nur Freitags-, Sonnabends- und Sonntagsflüge betroffen. „Wir gehen davon aus, dass die Lufthansa die Umbuchung unserer Passagiere veranlassen wird, sodass diese ihr jeweiliges Reiseziel wohlbehalten erreichen werden.“

Wie schon bei der ersten Flug-Annullierungswelle gibt Lufthansa als Grund für die erneute Streichung an, dass die gesamte Luftfahrtbranche unter Personalengpässen

leide, die sich auf Flughäfen, Bodenverkehrsdienste, Flugsicherung und Airlines beziehen. Hinzu komme, dass Corona derzeit innerhalb der Lufthansa-Crews für eine höhere Krankenquote Sorge. Aufgrund dieser Situation sei absehbar, dass durch diese Engpässe die Flugpläne nicht eingehalten werden könnten. Deshalb nehme die Airline die Streichungen vor. „Fluggäste werden bei Stornierungen umgehend informiert und nach Möglichkeit auf passende Lufthansa-Flüge umgebucht“, so die Airline. Alternativ könnten Fluggäste innerdeutsch mit der Bahn zu den Flughäfen anreisen.

Auch am Flughafen Hannover schlagen die Annullierungen durch: „Bei der Lufthansa müssen wir im Juli mit insgesamt 115 Streichungen der ankommenden und abfliegenden Maschinen rechnen“, so eine Sprecherin. Das betreffe 85 Flüge von und nach Frankfurt sowie 30 Flüge von und nach München. „Für den August liegen noch keine Streichungen vor.“



Nach der ersten Annullierung vor zwei Wochen streicht die Airline weitere Flüge. FOTO: DPA